

s.C.41.103.3(21) - IN/KB/HN/1c 3003 Bern, den 20. September 1974

Z u s a m m e n f a s s u n g

1. ERDOEL ALS POLITISCHE WAFFE

Unter den arabischen Ländern betrachten vor allem Saudi-Arabien, Aegypten und Lybien die Erdölwanne als eine politisch wirksame Waffe, wobei offenbar die ersten beiden Länder vom Erfolg des Instruments sichtlich überrascht waren. Länder wie Tunesien, Jordanien oder Syrien sprechen sich nicht gegen den Einsatz der Erdölwanne aus, sind aber für deren massvollen Gebrauch. Tunesien hat z.B. das Embargo gegen die USA, die Niederlande und Dänemark nie angewandt. Der Irak endlich hat die Erdölwanne immer als ein unzulängliches Mittel zur Erreichung politischer Ziele wie der Wiederherstellung eines Staates Palästina bezeichnet; ob dabei wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend waren, bleibt dahingestellt. In den Fällen Saudi-Arabiens und Lybiens waren es weniger konkrete Druckversuche als eigene wirtschaftliche Interessen, die zur Aufhebung des Embargos führten.

Typisch für die Gruppe der nicht-arabischen Erdölproduzenten und -exporteure - für die Angaben aus Venezuela, dem Iran Nigeria, Indonesien und Malaysia vorliegen - ist die Tatsache, dass sie sich grundsätzlich gegen eine Verwendung des

./.

Erdöls als politische Waffe aussprechen. Diese Länder, so stark sie sich sonst unterscheiden, zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich in ihrer Erdölpolitik von wirtschaftlichen und nicht von politischen Argumenten leiten lassen. Nigeria bildet insofern eine Ausnahme, als für dieses Land die Erdölwaffe gegenüber Portugal, Südafrika, Angola, Mozambique und Rhodesien ein willkommenes politisches Druckmittel war. Venezuela und Nigeria benutzten die Krise namentlich auch dazu, den staatlichen Druck auf die privaten Erdölgesellschaften zu erhöhen: Venezuela beschleunigte die Vorbereitungen zur Rücknahme der Erdölkonzessionen, Nigeria zwang den Gesellschaften eine grössere Staatsbeteiligung auf.

Die Verbraucherstaaten der Dritten Welt wurden von der Krise ohne Zweifel am schwersten betroffen. Dies trifft insbesondere für die Mehrzahl der Staaten Schwarzafrikas und Länder wie Indien und Pakistan zu. Sie müssen fast durchwegs mit beträchtlichen Zahlungsbilanzschwierigkeiten rechnen.

Die Lage der grösseren lateinamerikanischen Staaten ist günstiger: Staaten wie Argentinien, Mexiko und Perù können sich bereits heute weitgehend selbst versorgen (Argentinien zu 90 %, Perù zu 70 %. Mexiko dürfte bereits Ende dieses Jahres Selbstversorger und sogar in der Lage sein, zum Exporteur zu werden. Peru hat berechtigte Hoffnungen, dieses Ziel bis Ende 1976 zu erreichen. Brasilien, das 1973 eine Erdölrechnung von 1 Mrd. US-\$ zu begleichen hatte, wird 1974 2,5 - 3 Mrd. auslegen müssen. Die brasilianische Politik geht dahin, die arabischen Produzenten zu Investitionen in Brasilien zu ermutigen und gleichzeitig die eigenen Exporte in diese Gebiete zu fördern.

2. ERDOELPREISE

Saudi-Arabien einerseits setzte sich bis jetzt in der OPEC immer wieder für Preissenkungen ein. Produzenten andererseits, die wie Iran oder Indonesien anspruchsvolle Entwicklungsprogramme zu finanzieren haben, sind demgegenüber an einem hohen Preisniveau interessiert.

Unter den Verbraucherstaaten der Dritten Welt befürchtet man im allgemeinen nicht, dass sich der steigende Einfluss der Erdölproduzenten zu ihren Ungunsten auswirken könnte. Man glaubt vielmehr, dass das grössere Gewicht, welches sich diese Staaten verschaffen konnten, in irgendeiner Form der gesamten Dritten Welt zugute kommen wird. Die Erdölproduzenten werden, wie dies Felix Houphouet-Boigny ausgedrückt hat, als Preisbrecher zugunsten der Rohstoffbesitzenden ganz allgemein betrachtet, als eine Lokomotive auf dem Weg zu einer neuen Ordnung mit einem gerechteren Handelsaustausch zwischen Nord und Süd.

Andere Staaten Schwarzafrikas dagegen, so Ghana, Kenia und Tansania, können ihre Enttäuschung darüber nicht verbergen, dass erwartete Sonderkonditionen von Seiten der arabischen Produzenten ausblieben oder unbedeutend waren. Die Verbitterung vergrösserte sich mit dem Eindruck, dass arabische Verbraucher wie Tunesien in den Genuss beträchtlicher Vergünstigungen gelangen. Die arabische Preispolitik belastet somit, wie dies an der O.A.U.-Gipfelkonferenz in Mogadiscio deutlich zum Ausdruck kam, das afro-arabische Verhältnis.

Schwarzafrika erwartet von den Industrieländern weiterhin Hilfe, die nun freilich durch Unterstützungen von Seiten der Produzentenländer ergänzt werden könnte.

1. ERDOEL ALS POLITISCHE WAFFE

1.1. Arabische Länder

1.1.1. Wie schätzen sie heute die Rolle und die Wirksamkeit des Erdölembargos als politische Waffe ein?

Im nachfolgenden sollen anhand einiger Beispiele die von den arabischen Ländern eingenommenen Haltungen erläutert werden, wobei mit den entschiedensten Befürwortern des (seinerzeitigen) Embargos begonnen wird.

In Lybien wurde das Embargo als politisch wirksame Waffe zur Vernichtung des zionistischen Feindes betrachtet.

Für Saudi-Arabien hatte das Embargo den Zweck, die Aufmerksamkeit der Welt auf das Problem des Nahen Ostens zu lenken und Druck auf das Ausland, besonders die USA, auszuüben; man wollte, dass dieser Staat seine Haltung gegenüber den arabischen Ländern und Israel ändere. Am Hofe des Königs und auf Regierungsebene war man indessen von der hohen Wirksamkeit des Embargos überrascht: Die USA änderten tatsächlich ihre Einstellung, förderten die Entflechtung zwischen den kriegführenden Parteien, usw. Das Embargo erhöhte weltweit das Prestige Faisals; er wird heute vielerorts als Leader der arabischen Welt angesehen.

In Aegypten ist man überzeugt, dass die Anwendung der Erdölwanne die beträchtlichen Veränderungen im Mittleren Osten bewirkt hat. Das Embargo führte den USA, Europa,

Japan und den Arabern selbst vor Augen, welche mächtige politische Waffe das Erdöl darstellt. Nach ägyptischer Auffassung war die Erdölwaffe das einzige Mittel, das Europa aus seiner Gleichgültigkeit gegenüber der Mittelostkrise aufzurütteln vermochte. Ägypten setzt sich für einen massvollen Gebrauch der Waffe ein, der überdies nur im Kriegsfall in Aussicht zu nehmen ist. Ägypten, das hofft, bald zu den Erdölexporteurs zu zählen, billigt die Preispolitik der Produzentenländer.

Syrien ist ein unbedeutender Erdölproduzent. Es hätte während den Verhandlungen über eine Entflechtung im Golan vor allem die durch das Embargo symbolisierte arabische Solidarität gebraucht: daher die zum Teil bitteren Kommentare in der syrischen Presse. Dieses Land hatte kein formelles Embargo auf Erdöllieferungen verhängt. In praxi verzichtete Syrien allerdings doch darauf, den USA, den Niederlanden und Dänemark vor der allgemeinen Aufhebung des Embargos gegen diese Staaten Erdöl zu liefern. Man fand jedoch, das Embargo dürfe als politische Waffe nur vorsichtig gebraucht werden.

Tunesien gehört nicht zur OPEC und hatte sich stets geweigert, das Embargo gegen die drei vorhin erwähnten Staaten anzuwenden. Diese Haltung erklärt sich aus der Mässigkeit der tunesischen Erdölvorkommen (ca. 4 Mio. Tonnen). Tunesien hatte aber nichts gegen die Benützung der Erdölwaffe durch andere arabische Staaten einzuwenden. Bourguiba mahnte diesbezüglich lediglich zur Vorsicht, denn er befürchtete, dass sich diese Waffe als Bumerang erweisen könnte.

Jordanien konnte sich für den Einsatz der "Erdölwaffe"

an der politischen Front wenig begeistern; doch Amman musste sich hier der allgemeinen arabischen Politik fügen. Jordanien ist indessen ausdrücklich gegen extreme Massnahmen eingetreten.

Die irakischen Delegationen blieben den Erdöldebatten innerhalb der OPEC bis zum Schluss fern. Des Iraks "Alles oder Nichts"-Einstellung wirkt sehr doktrinär ("Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus und Monopolkapitalismus"). Darin spiegelt sich offenbar der Einfluss der Sowjetunion. Die von der OPEC beschlossenen Embargo- und Produktionseinschränkungsmassnahmen wurden stets als "unzulängliches Mittel zur Wiederherstellung eines Staates Palästina" qualifiziert. Die Baas-Führung propagiert weiterhin die Verstaatlichung aller amerikanischen Erdöl-Interessen in der arabischen Welt. Solange dieser Forderung nicht stattgegeben wird, will der Irak seinen Alleingang fortsetzen. Der Verdacht, dass dieser Haltung handfeste national-egoistische Interessen zugrundeliegen, erscheint von Anfang an begründet; sie bleibt also zum mindesten widersprüchlich!

Zusammenfassend kann vielleicht gesagt werden, dass die Verhängung des Embargos für die Befriedigung der arabischen Massen notwendig gewesen war. Sie drückte, trotz der Abstinenz des Iraks, die arabische Einheit aus.

- 1.1.2. Gab es Druckversuche in Richtung Aufhebung des Embargos? Wenn ja, haben diese die erwarteten Wirkungen gezeitigt? Oder haben im Gegenteil eigene Interessen diese Staaten dazu geführt, das Embargo aufzuheben?

Hier seien zwei wichtige Erdöl-Produzenten, Saudi-Arabien und Lybien, erwähnt.

- 7 -

Was Saudi-Arabien betrifft, ist es sehr schwierig, sich über solche Druckversuche mit Sicherheit zu äussern. Man weiss, dass Präsident Nixon König Faisal gegenüber wirtschaftliche Argumente betreffend die zukünftige Entwicklung Saudi-Arabiens vorbrachte. Kurzfristig haben wahrscheinlich politische Erwägungen den König bewogen, für die Aufhebung des Embargos einzutreten. Langfristig dürften Wirtschaftsinteressen den Vorrang gehabt haben: Saudi-Arabien braucht die USA für die wirtschaftliche, industrielle und militärische Entwicklung des Landes. Die Vereinigten Staaten ihrerseits werden in den nächsten Jahren massiv saudi-arabisches Erdöl kaufen; so wird sich eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit einstellen. Saudi-Arabien und Aegypten hoben nach Unterzeichnung des israelisch-aegyptischen Entflechtungsabkommens das Embargo gegen die USA auf. Das führte in der Folge zum bekannten Einsatz Kissingers bei den israelisch-syrischen Verhandlungen und zur Reise Nixons in den Nahen Osten. Die Aufhebung des Embargos, welche in einigen arabischen Ländern als Verrat bezeichnet worden war (die anfänglich für eine solche Massnahme aufgestellten Bedingungen waren durchaus nicht alle erfüllt), hat den Arabern alles in allem mehr genützt als seine Verhängung (schlechte Laune in Europa und den USA, Vorwurf der Erpressung usw.). Auf die USA hatte die Erdöl-Waffe kaum je irgendwelche reale Wirkungen ausgeübt.

Lybien, das den westlichen Erdölverbraucherstaaten gegenüber ursprünglich eine kompromisslose Haltung eingenommen hatte, musste diese dann wegen Absatzschwierigkeiten mässigen (schweigende Zustimmung zur Aufhebung des Embargos gegenüber den Niederlanden; allerdings weitere Aufrechterhaltung gegenüber den USA).

./.

1.2. Nicht-arabische Erdölproduzenten

Wie schätzen sie die jüngsten Ereignisse ein?
Welche Lehren haben sie für sich selbst aus ihnen
gezogen?

Für fünf Staaten liegen uns dazu nähere Angaben vor.

Iran ist der zweitgrösste Ölproduzent der Welt; das Erdöl wird ihm 1974 die unerhörte Summe von 16 Milliarden US-\$ eintragen. Dieses Land hat als nicht-arabischer Staat kein Interesse daran, sein Öl als Druckmittel zu benützen, um der Welt eine Anti-Israel-Politik aufzuzwingen. Nach Beendigung des Kippur-Krieges wollte Iran somit von einer Embargopolitik nichts mehr wissen.

Indonesien hat seine Erdölpolitik wegen des arabischen Embargos nicht geändert. Die Lieferungen, welche zu 74 % nach Japan gehen, wurden nicht vermindert. Indonesien hat sich bis anhin kategorisch geweigert, das Erdöl als politische Waffe zu gebrauchen und dürfte sich auch in Zukunft ähnlich verhalten. Vom arabischen Embargo wurde Indonesien insofern betroffen, als es sein hochwertiges Erdöl fast ausschliesslich exportiert, solches geringerer Qualität aber aus dem Mittleren Osten einführt.

Venezuela

Die Ereignisse des letzten Herbstes erwiesen sich für Venezuela als äusserst positiv: die Referenzpreise konnten in die Höhe getrieben und die Vorbereitungen zur vorzeitigen Rücknahme von Erdölkonzessionen beschleunigt werden.

Nigeria hat an dem gegen die USA und Europa gerichteten Embargo nie teilgenommen. Einzig gegenüber Portugal, Südafrika, Angola, Mozambique und Rhodesien war die Oellieferungspolitik als willkommenes politisches Druckmittel wirksam. Nigeria kümmerte sich wenig um die politischen Auswirkungen des arabischen Embargos; es trachtete lediglich danach, aus der gegebenen Lage als erdölproduzierendes Land seinen eigenen Nutzen zu ziehen; daher verstärkte es seinen Druck auf die privaten Erdölgesellschaften zwecks grösserer Staatsbeteiligung, was in der Folge rückwirkend auf den 1. April 1974 realisiert wurde. Als Resultat des arabischen Embargos sieht man in Nigeria eine Schwächung der europäischen und der japanischen Industrie gegenüber den Vereinigten Staaten.

Malaysia

Die tägliche Förderung erreicht heute 100'000 Barrels, der Eigenverbrauch beläuft sich auf 85'000 Barrels. Malaysia exportiert sein hochwertiges Leichtöl und importiert das notwendige Schweröl aus den Ländern des Persischen Golfes. Aus der Erdölkrise hat Malaysia dadurch Nutzen gezogen, dass die Preiserhöhungen auf dem ausgeführten Leichtöl diejenigen auf dem Schweröl übertrafen. Malaysia, das nur über zwei Raffinerien verfügt und die fehlende Menge raffinierten Oels aus Singapur einführt, zog aus den Ereignissen die Lehre, dass mehr Raffinerien gebaut werden müssten und dass man sich mit den Arabern gut zu stellen habe. Das Land lässt sich im übrigen in seiner Erdölpolitik ausschliesslich von wirtschaftlichen Ueberlegungen leiten.

1.3. Erdöl verbrauchende Staaten der Dritten Welt

Wie haben sich die Preiserhöhungen auf Erdöl bei ihnen ausgewirkt?

Von den nachstehend erwähnten zwölf Staaten, über die wir Angaben zu dieser Frage besitzen, sollen zuerst die am schwersten betroffenen aufgeführt werden. Die Aufstellung ist natürlich in keiner Weise vollständig. Sie soll lediglich durch einige Beispiele die verschiedenen Problemlagen aufzeigen.

Pakistan wird dieses Jahr gemäss provisorischen Schätzungen ca. 300 Mio. \$ mehr als vorher für Rohöl ausgeben müssen; diese Summe macht 1/3 seiner gesamten Deviseneinnahmen aus. Die Preiserhöhungen treffen also diesen Staat besonders hart, sie könnten seinen seit 1972 ziemlich zufriedenstellenden wirtschaftlichen Aufschwung in Frage stellen. Die Situation ist heikel, da Pakistan gerade jetzt Schwierigkeiten mit der Rückzahlung seiner Auslandsschulden hat. Es scheint aber trotzdem Verständnis für die arabischen Massnahmen aufzubringen (islamische Solidarität!).

Auch Indien wird durch die neue Preissituation besonders stark in Mitleidenschaft gezogen. Es leidet bereits unter chronischem Devisenmangel und muss nun für die Einfuhr von 16 Mio. t Erdöl dieses Jahr rund 1 Milliarde \$ mehr aufbringen als 1973.

Schwarzafrika. Die Ausgaben Schwarzafrikas für Erdöl, die 1973 noch 435 Mio. US-\$ betrugten, dürften für 1974 auf über 1,5 Milliarden US-\$ anwachsen. Die Enttäuschung eines Teils der afrikanischen Länder über die arabischen Produzenten ist gross, weil erwartete Sonderkonditionen,

die anscheinend arabischen Verbraucherstaaten wie Tunesien gewährt werden, ausblieben. Der Unmut wird noch dadurch vergrössert, als sich die meisten schwarzafrikanischen Staaten nur zögernd dem Druck der Araber beugten, die diplomatischen Beziehungen mit Israel abzubrechen. Diese Länder haben nun den Eindruck, ihr Solidaritätsakt werde nicht gebührend honoriert. Das Erdölembargo gegenüber Portugal, Rhodesien und Südafrika hat in den Augen Schwarzafrikas die erhoffte Wirkung ebenfalls nicht gezeigt. Eine mögliche politische Konsequenz der anti-arabischen Stimmung könnte eine umsichtigeren Haltung der schwarzafrikanischen Staaten gegenüber den Industrienationen sein.

In Aethiopien, wo man infolge der gestiegenen Ölpreise mit jährlichen Mehrausgaben von 40 - 50 Mio. E \$ rechnet, macht man sich am meisten Sorgen über die Sekundäreffekte der Erdölkrise.

Obwohl auch die Elfenbeinküste von finanziellen Problemen nicht verschont blieb, will sie von den Erdöl exportierenden Ländern für sich keine speziellen Rabatte verlangen. Da sich für die andern Rohstoffe, namentlich für Kaffee, Kakao, Bananen, Ananas usw., welche die Elfenbeinküste ausführt, nicht gleichzeitig entsprechend höhere Erlöse erzielen lassen wie für Erdöl, wird mit einem vorübergehenden Defizit gerechnet.

Die hauptsächlichsten Erdöllieferanten Ghanas sind die UdSSR und Nigeria. Natürlich bereiten auch hier die neuen Preise für das "schwarze Gold" grosse Sorgen. Die ghanesische Regierung scheint der Erdölkrise die Hauptschuld an der grassierenden Inflation zu geben.

- 12 -

Wie alle übrigen Netto-Importeure unter den afrikanischen Staaten verzeichnen auch Kenia und Tansania wegen der Ölpreiserhöhungen schwere finanzielle Einbussen. Daraus resultieren Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die das Wirtschaftswachstum zu verlangsamem drohen.

Der Betrag, den Singapur - es ist das drittichtigste Erdölraffinerie-Zentrum, nach Houston und Rotterdam - für das benötigte Erdöl zusätzlich aufbringen muss, ist schwer zu schätzen. Man ist dort bereit, einen fairen Preis zu bezahlen. Singapur hat den Benzinpreis stark erhöht, um den teilweise limitierten Anstieg des Dieselölpreises zu kompensieren. Wegen den nach oben geschwellten Erdölkosten läuft zudem eine Kampagne zur Einschränkung des Elektrizitätsverbrauchs.

Brasilien importiert sein Öl vor allem aus Saudi-Arabien und aus dem Irak. 1973 gab es dafür 1 Milliarde \$ aus; für 1974 sind 2,5 - 3 Milliarden vorgesehen. Brasilien will darum die arabischen Produzenteländer ermutigen, Investitionen in diesem Lande vorzunehmen und mehr brasilianische Produkte zu kaufen.

Libanon konnte bisher die spürbarsten Folgen der Preiserhöhungen abwehren, da es mit dem Irak einen Vertrag auf Lieferung von Erdöl bis 1975 abgeschlossen hat und der Preis für saudi-arabisches Erdöl, das seit letztem November in der Raffinerie der MEDRECO gefasst wird, noch nicht festgesetzt wurde. Diese Situation kann natürlich nicht andauern. Bisher hat sich Saudi-Arabien hinter den Preisbeschlüssen der OPEC verschant und die libanesischen Angebote, die sich auf 4,50 \$ pro Fass belaufen sollen, nicht in Betracht gezogen.

./.

Marokko ist ein noch bescheidener Erdölverbraucher. Neulich wurden in diesem Land kleinere Erdölvorkommen gefunden. Preiserhöhungen auf dem "schwarzen Gold" werden kompensiert durch solche auf Phosphat, für welches Marokko heute weltweit der wichtigste Lieferant ist. Indessen fehlen zur Zeit noch die finanziellen Mittel, um den 3. Entwicklungsplan zu lancieren. Marokko wird das nötige Geld wohl irgendwie aufbringen können. Vorgesehen ist die Kapitalschaffung durch Steuern und Kredite (Iran, Kuwait und die USA sind zur Gewährung von Darlehen bereit).

Argentinien ist zu 90 % Selbstversorger. Es wird daher vom gegenwärtigen Erdölproblem nur am Rande betroffen. Die enorme künstliche Preissteigerung auf dem internationalen Erdölmarkt hat sogar zu einer beträchtlichen Aufwertung der bis anhin völlig unrentablen staatlichen Erdöl-Produktion geführt. Diese ist allerdings heute noch stagnierend bis rückläufig. Momentan sind also noch hohe Preise für importiertes Öl zu bezahlen. Argentinien wird versuchen, möglichst rasch die Selbstversorgung zu erreichen.

Mexiko bekam die Ölkrise mit kleinen Ausnahmen nur wenig zu spüren. Die Energieunabhängigkeit soll möglichst rasch erlangt werden. Mexiko dürfte noch vor Ende dieses Jahres für Erdöl und Derivate selbstversorgend sein. Später wird es sich wahrscheinlich zum Exporteur entwickeln. Im vergangenen Dezember verfügte die staatliche Erdöl-Gesellschaft PEMEX Benzinpreiserhöhungen von 50, resp. 75 %. Diese Massnahme hing nicht nur mit der Ölkrise zusammen, sie drängte sich auch sonst auf, nachdem während mehr als eines Jahrzehnts in Mexiko die Benzinpreise stabil geblieben waren.

Peru, ein Ölproduzent, ist gegenwärtig noch nicht in der Lage, seinen Tagesverbrauch von 100'000 Barrels selbst zu decken. Die fehlende Menge wird aus Venezuela und Ecuador eingeführt. Das Land, das auf die Universalität seiner Beziehungen Wert legt, und von Israel insbesondere reichlich technische Hilfe erhält, hat sich zum arabischen Embargo nicht geäußert. In Peru - einem wichtigen Produzenten anderer Rohstoffe - rechnet man damit, bis Ende 1976 zu den Erdölexporteurs zu gehören. Bereits die heutige peruanische Rohstoffpolitik mit dem erklärten Ziele, eine neue Ordnung in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industriestaaten und den Rohstoffproduzenten der Dritten Welt zu schaffen, wurde in dieser Perspektive konzipiert. Peru nahm an der letzten Sitzung der OPEC in Ecuador als Beobachter teil.

2. ERDOELPREISE

2.1. Erdöl produzierende Staaten

Welches ist ihre Preispolitik?

Bisher setzte sich in der OPEC nur Saudi-Arabien für Preissenkungen auf Erdöl ein, während sich alle übrigen Mitgliedstaaten, angeführt von Iran und Algerien, diesem Vorschlag widersetzten.

In den Produzentenländern wird die Preisfrage hauptsächlich von der Entwicklungspolitik diktiert; Staaten mit

- 15 -

bedeutenden Projekten und zugleich grossem Finanzbedürfnis treten für hohe Preise ein.

Iran braucht beträchtliche Geldmittel, um den gegenwärtigen Fünfjahresplan durchführen zu können. Dieses Land will deshalb die Erdölpreise in der OPEC nach oben drücken.

Nigeria ist unbedingt gegen Preissenkungen, fällt aber in der OPEC kaum ins Gewicht.

Tunesien hat die Erdölpreise seit dem Oktober-Krieg heraufgesetzt, wie diejenigen anderer Rohstoffe (vor allem Phosphat). Es auferlegt sich aber Mässigung, da es dank den entwickelten Staaten seine eigene Industrialisierung fördern möchte.

Nach Erreichen der Selbstversorgung dürfte Argentinien hohe Preise befürworten.

Der Irak scheint - zumindest bis auf weiteres - nicht bereit zu sein, die gegenwärtigen Erdölpreise zu ändern. Die Baasführung ist sich indessen der Tatsache bewusst, dass der Irak bis anfangs der 80er Jahre die Produktionsziffern Saudi-Arabiens und Irans auch nicht annähernd erreichen kann, dass diesen beiden Staaten daher weiterhin die Schlüsselposition in der Erdölpolitik des Mittleren Ostens und das entsprechende Machtpotential zukommt.

In Libyen ist der Erdölpreis unstabil und zeigt zur Zeit sogar eine sinkende Tendenz. Die integrierten Gesellschaften verhandeln ergebnislos mit dem Ölministerium zwecks Herabsetzung des Preises. Bei bilateralen Lieferabkommen dürften die Ansätze leicht tiefer sein als die sonst üblichen.

./.

Saudi-Arabien, das sich um die eigene zukünftige Erdölversorgung Sorgen macht und das die Übermässige Ausbeutung zu tiefen Preisen während dem letzten Jahrzehnt bedauert, tritt, wie erwähnt, für Preissenkungen auf dem Erdöl und ausserdem für eine gemässigte Produktion ein; man will damit verhindern, dass nicht andere Energiequellen attraktiver werden. Die Abnahme der Erdölnachfrage in den Industriestaaten bedeutet somit eine Stärkung der Stellung Saudi-Arabiens. Dieses Land hat seine Beteiligung an der ARAMCO von 25 auf 60 % erhöht; das gibt ihm ein neues Mittel in die Hand, um auf die Preise zu drücken. Es ist anzunehmen, dass diese bis Ende Jahr leicht gesenkt werden.

Abschliessend sei erwähnt, dass hinsichtlich der Erdölverbrauchenden Länder der Dritten Welt die arabischen Produzentenländer schon verschiedentlich die Absicht bekundet haben, Hilfe zu leisten, ohne indessen Sonderpreise zu gewähren; dies aus Furcht vor einem "détournement de trafic". So haben sie kürzlich in Kairo beschlossen, den arabischen Konsumentenstaaten durch geeignete finanzielle Unterstützung zu erlauben, die Erdölimporte zum neuen Preis zu bezahlen. Andere Hilfsmassnahmen sind etwa die Schaffung nationaler Investitions-Fonds (siehe Kuwait) und die Teilnahme an Programmen der UNO. In Lahore wurde die Schaffung einer "Islamic Development Bank" beschlossen. Die Darlehen würden zinslos sein. An der neu geschaffenen afro-arabischen Bank (Kapital: 200 Mio. \$) sind der Irak mit 30, Saudi-Arabien mit 25 und die arabischen Emirate mit 20 Mio. \$ beteiligt. Iran schlug vor, einen neuen, speziellen Entwicklungsfonds mit einem Anfangskapital von 2 - 3 Milliarden \$ zu äufnen, der von den Oelexport- und den Industrieländern gemeinsam zu dotieren wäre. Hauptzweck: Wirtschaftshilfe für Entwicklungsländer durch Anleihen zu besonders niederem Zinssatz für die Dauer von 25 - 30 Jahren.

Venezuela. Im Gegensatz zu den Beschlüssen der OPEC hat Venezuela mit Wirkung ab 1. Juli 1974 den Referenzpreis um durchschnittlich weitere 35 US-Cents erhöht, um eine Anpassung an die Preise des Rohöls aus dem Mittleren Osten franko USA-Ostküste zu bewerkstelligen. Der Steuersatz auf den Gewinnen der Erdölgesellschaften soll von bisher 60 % der Bruttoeinnahmen auf 87 % erhöht werden.

Indonesien ist der aufsteigenden Preiskurve ebenfalls gefolgt. Wenn man überdies bedenkt, welche Rolle die Erdöleinnahmen - die Erdölexporte machten 1973 62 % aller Ausfuhren aus und erreichten den Wert von 1'348 Mio. US-\$ - für den Entwicklungsprozess des Landes spielen, darf man annehmen, dass Indonesien wohl auch in Zukunft nichts gegen weitere Preiserhöhungen einzuwenden haben wird. Im Unterschied zu den Ländern des Mittleren Ostens ist Indonesien allerdings weiterhin auf die Mitarbeit ausländischer Gesellschaften angewiesen.

Malaysia

Man erhofft sich hierzulande eine grössere Produktion und weitere Preiserhöhungen.

2.2. Erdöl verbrauchende Staaten der Dritten Welt

2.2.1. Befürchten sie, dass sich der Einfluss der Erdöl produzierenden Staaten zu ihren Ungunsten auswirken wird?

Diese Frage muss wohl grundsätzlich verneint werden. In einigen Staaten, wie in Jordanien, denkt man allerdings, dass der Einfluss der Produzentenstaaten auf die Nichtproduzenten der arabisch-afrikanischen Welt doch eine gewisse Gefahr mit sich bringt.

In Ghana befürchtet man diesen zunehmenden Einfluss offenbar nicht und denkt im Gegenteil, dass er der Dritten Welt ein grösseres Gewicht gibt.

Tansania nimmt eine ähnliche Haltung ein wie Ghana. Die Tatsache aber, dass die Verhandlungen mit den arabischen Staaten kein Erfolg waren, könnte die latente Antipathie gegen die Araber wieder wecken (Tansania war früher deren Hauptsklavenmarkt).

Zaire befürchtet kaum, dass die OPEC-Staaten ihren Einfluss zu seinen Ungunsten geltend machen werden. Für Mobutu sind die Araber und Afrikaner im gleichen Lager: in demjenigen der durch die Imperialisten Ausgebeuteten. Zaire hofft, dass der Einfluss der Araber dazu eingesetzt wird, ihm zu helfen, die "Waffe" des Kupfers und anderer Rohstoffe in den Dienst seiner Ziele als "premier porte-flambeau de l'authenticité africaine" zu stellen. Trotzdem will sich Mobutu gegen die Araber absichern durch Dreiecksgeschäfte zwischen schwarzafrikanischen, arabischen und westlichen Ländern. Zaire ist vor dem Grossproduzenten und Rivalen Nigeria auf der Hut.

2.2.2. Wie wird die politische Rolle der produzierenden Staaten allgemein eingeschätzt?

Die Erdöl produzierenden Länder haben den reichen Industriestaaten drastisch deren Abhängigkeit von den Rohstoffen aus der Dritten Welt vor Augen geführt; früher oder später werden die Erträge des Handelsaustausches zwischen Norden und dem Süden gerechter verteilt werden. (vgl. UNO-Rohstoffkonferenz). Der wirtschaftliche Machtzuwachs der produzierenden Länder bringt zudem vermehrten Einfluss auf andern Gebieten, z.B. im monetären Bereich, mit sich.

Kürzlich konnte man in New York feststellen, dass sich die Produzenten- und Verbraucherstaaten der Dritten Welt noch immer solidarisch fühlen. Die Erdölerzeuger statuieren für die Kupfer-, Bauxit- oder Quecksilberproduzenten ein ermutigendes Beispiel. Langfristig gesehen dürften aber die Erdölexporteurs der Dritten Welt den andern reichen Ländern näher rücken, und könnte sich der Zusammenhalt innerhalb der Dritten Welt entsprechend lockern.

2.2.3. Wie gedenken die Nichtproduzenten der Dritten Welt ihre Ansprüche geltend zu machen und gleichzeitig ihre Unabhängigkeit gegenüber den produzierenden Staaten zu wahren?

Die Anliegen der schwarzafrikanischen Staaten, welche Erdöl importieren müssen, stossen bei den arabischen Exporteurs bis jetzt weitgehend auf taube Ohren.

Ghana z.B. ist enttäuscht von den Produzentenländern; seine Bemühungen um bilaterale Konzessionen verliefen erfolglos (Ghana war für die arabischen Staaten allerdings bisher ein höchst unbedeutender Kunde). Die Ghanesen

haben in Mogadiscio erhöhte Hilfe der Produzentenländer an afrikanische Länder verlangt. Sie fanden, der Stabilisationsfonds von 200 Mio. \$ sei ungenügend und ungeeignet, unmittelbare Probleme zu lösen; Ghana trat deshalb für eine ausgedehntere Zusammenarbeit zwischen der Arabischen und der Afrikanischen Entwicklungsbank ein. Das Land hegt eine Abneigung gegen den Stabilisationsfonds, da er für arabische und afrikanische Verbraucherländer bestimmt ist, die ihr Erdöl bei den Fondsbeitragszahlern beziehen; Ghana hat andere Bezugsquellen. Die ghanesischen Führer wären zweifellos schon mit einer relativ bescheidenen Unterstützung durch die Produzentenländer zufrieden.

In Zaire stieg der Benzinpreis um gegen 100 %. Mobutus Reise nach dem Iran, nach Saudi-Arabien, Kuwait und den andern Emiraten war ein Misserfolg; es konnten für Zaire nur leichte Vergünstigungen eingehandelt werden.

2.2.4. Welche Massnahmen erwarten diese nicht privilegierten Entwicklungsländer von Seiten der industrialisierten Staaten?

Die Hilfe von Industrie- und jetzt auch von Produzentenländern ist für Schwarzafrika eine Selbstverständlichkeit.

In der Elfenbeinküste findet man, die Entwicklungshilfe sei bis jetzt ungenügend gewesen; die entwickelten Länder sollten daher auf Zinszahlungen für vorangegangene Finanzierungen verzichten und neue Kredite auf 50 Jahre erteilen mit 2 % Zins und einer provisorischen Derogationsklausel. Die "terms of trade" müssten zugunsten der Entwicklungsländer verbessert werden: Preiserhöhungen für Rohstoffe und eine automatische Kompensation von Inflations- und Geldschwankungsverluste seien ihnen zugestehen.

Ghana wird jede Aktion der industrialisierten Länder, welche hilft die Preise der Rohstoffe auf einem genügend hohen Niveau zu halten, den Ackerbau zu modernisieren oder lokale Industrien zur Entfaltung zu bringen, begrüßen. Ghana macht sich aber keine Illusionen über die Möglichkeiten und das Ausmass eines solchen Beistandes des Westens.

In Zaire denkt man, dass die Industriestaaten reich bleiben und deshalb eine moralische Verantwortung gegenüber den armen Ländern tragen. Diese Verantwortung werde dadurch erhöht, dass die armen Länder durch die Erdölverteuerung noch ärmer würden. Man will die Beibehaltung und Verstärkung der bilateralen und multilateralen Hilfe. Mobutu möchte für seine Projekte arabische Kapitalien sowie die Technik und den Beistand des Westens erhalten.